

MANEO+

S. 2
IMK

BEKÄMPFUNG VON HASSKRIMINALITÄT GEGEN LSBTIQ+ SOLL VERSTÄRKT WERDEN

S. 8
Opferhilfe

**HASS IN DEN
SOZIALEN MEDIEN**

S. 12
Dokumentation

**MANEO-REPORT 2023
VERÖFFENTLICHT**

S. 24
Kiss Kiss Berlin 2023

ALLE AKTIONEN



Topstory

BUND UND LÄNDER WOLLEN ARBEIT GEGEN LSBTIQ+ -FEINDLICHE HASSKRIMINALITÄT UND GEWALT VERSTÄRKEN

Laut Bericht des Bundesinnenministeriums¹ hat die Innenministerkonferenz (IMK) in ihrer 219. Sitzung am 16. Juni 2023 beschlossen, die Bekämpfung von LSBTIQ+ -feindlicher Gewalt weiter verbessern zu wollen. „Als Grundlage dafür können die Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht des Arbeitskreises ‚Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt‘ dienen“, so das Bundesinnenministerium. Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hatten aber schon im Vorfeld Bedenken angemeldet. Die drei Innenminister Joachim Herrmann (CSU), Thomas Strobl (CDU) und Herbert Reul (CDU) lehnten u.a. LSBTIQ+ -Ansprechstellen bei der Polizei ab. Ihrer Meinung nach seien dafür „ausnahmslos“ die freien Beratungsstellen zuständig.² In zwei Jahren soll erneut über den Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen berichtet werden.

Auf Bitten der IMK war im Herbst 2022 vom Bundesinnenministerium ein Arbeitskreis „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ eingerichtet und koordiniert worden. Bis April 2023 erarbeitete die Expertengruppe, die sich aus Teilnehmenden der Bundesministerien, der Länder und der Zivilgesellschaft zusammensetzte, einen Abschlussbericht mit 22 Handlungsempfehlungen.³

Dazu erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Wir müssen all diejenigen noch besser schützen und unterstützen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Hass, Diskriminierung und Gewalt erleben. Wir sehen immer wieder, wie wichtig der Kampf gegen queerfeindliche Gewalt ist. Die tödliche Attacke auf den Trans-Mann Malte C. beim Christopher Street Day in Münster ist uns in schrecklicher Erinnerung. Queerfeindliche Gewalt muss als solche klar benannt und gezielt von der Polizei und den Staatsanwaltschaften verfolgt werden. Die Zunahme an queerfeindlichen Straftaten in den vergangenen Jahren ist erschreckend.“⁴



Die Innenminister und -senatoren der Länder sowie die Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor der Villa Borsig. © Foto: Sven Darmer

In ihrem Abschlussbericht erklärte die vom BMI eingesetzte Expert*innengruppe, dass der in den letzten Jahren wahrgenommene stetige Anstieg der Zahlen einerseits Folge der wachsenden Sichtbarkeit der LSBTQ+ - Communities, andererseits auch einer zunehmenden Bereitschaft sei, Straftaten anzuzeigen. Die Gewalt treffe die LSBTQ+ - Communities nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch an Schulen, Arbeitsplätzen, in Vereinen, Familien oder Behörden. Deshalb bedarf es klarer Signale, gegen Diskriminierung und Hass vorzugehen. Denn Hasskriminalität stelle „eine Gefahr für die innere Sicherheit und für unsere Gesellschaft“ dar.

Deshalb empfiehlt die Expert*innengruppe neben einer genaueren Erfassung LSBTQ+ -feindlicher Gewalt bei der Polizei auch eine öffentliche Erstellung eines bundesweiten Lagebildes

durch das BKA. „Erforderlich ist auch eine Intensivierung und Verstärkung“ der Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden, Verbänden und fachspezifischen Opferberatungsstellen. Gerade Letztere müssen dafür „strukturell gestärkt“ und „ausreichend finanziert“ werden. Ebenso sollen alle Landespolizeien LSBTQ+ -Ansprechstellen im erforderlichen Umfang einrichten und mit Beschäftigten im Haupt- und Nebenamt ausstatten. Sicherergestellt sein muss, dass diese auch „flächendeckend erreichbar“ sind. Außerdem muss LSBTQ+ -Hasskriminalität fester Bestandteil in der allgemeinen Ausbildung bei der Polizei werden. Ebenso sind Gesetzesverschärfungen erforderlich. Die jüngsten Gesetzentwürfe greifen dabei „deutlich zu kurz“. Vielmehr muss u.a. beim Strafparagrafen 192a StGB (Verhetzende Beleidigung), beim Strafparagrafen 130 StGB (Volksverhetzung), beim § 46 Abs. 2 StGB (Grundsätze der

Strafzumessung), § 158 StPO Abs. 1 (Strafanzeige, Strafantrag) nachgebessert werden.

„Wir müssen mehr Bewusstsein, mehr Sensibilität und somit auch mehr Unterstützung für die Betroffenen schaffen. Das erhöht auch die Bereitschaft, sich an die Polizei zu wenden und Schutz zu suchen. Das von uns eingesetzte Expertengremium hat sehr konkrete Punkte erarbeitet, die wir jetzt bei der Innenministerkonferenz beraten haben und die zügig umgesetzt werden sollten. Konkreten Handlungsbedarf sehen wir bei der Aus- und Fortbildung der Polizei, bei der Schaffung von Ansprechpersonen bei den Polizeien in allen Bundesländern und beim Ausbau spezialisierter Präventionsmaßnahmen“, so Nancy Faeser.

2022 sind die registrierten Fälle von Hasskriminalität gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTQ+) weiter gestiegen. So wurden im Unterthemenfeld „sexuelle Orientierung“ 1.005 Straftaten (davon 227 Gewaltdelikte) und im Unterthemenfeld „geschlechtliche Diversität“ 417 Straftaten (davon 82 Gewaltdelikte) erfasst. Im Abschlussbericht ging es u.a. darum, wie das Hellfeld vergrößert werden kann, und welche Möglichkeiten bestehen, die Sensibilität und Prävention in Bezug auf LSBTQ+ -feindliche Taten zu erhöhen. Der Abschlussbericht des Arbeitskreises „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ ist [hier](#) veröffentlicht.⁵

Der Expertengruppe gehörten neben dem BMI folgende Mitglieder an: Bundesverband Trans* e.V., Fachstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Queeres Netzwerk Sachsen, Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben, Schwule und Trans* in NRW/rubicon e.V. Köln, Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V., L-SUPPORT e.V., MANEO c/o Mann-O-Meter e.V., Intergeschlechtliche Menschen e.V. (seit November 2022), Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität dgti e.V. (seit Dezember 2022), VelsPol Deutschland e.V., Prof. Dr. Pierre Thielbörger (u.a. Ruhr-Universität Bochum), Dr. Richard Lemke (Polizeiakademie Niedersachsen), Ministerium für Inneres und Kommunales des

Landes Nordrhein-Westfalen, Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin, Stab des Beauftragten der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (Queer-Beauftragten), BMFSFJ und Bundeskriminalamt.

Quellen

- 1) <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/06/kampf-gg-LSBTIQ.html>
- 2) „Gegen queerfeindliche Gewalt“, in taz - die tageszeitung, vom 15.06.23. <https://taz.de/Vorlage-auf-Innenministerkonferenz/!5941192/>
- 3) „Arbeitskreis ‚Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt - Abschlussbericht““. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/06/ak-abschlussbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- 4) BMI-Pressemitteilung vom 16.06.2023: „Bund und Länder verstärken Arbeit gegen LSBTQ*-feindliche Hasskriminalität und Gewalt“. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/06/kampf-gg-LSBTIQ.html>
- 5) Abschlussbericht des Arbeitskreises „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ ist hier veröffentlicht: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/06/ak-abschlussbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=4



„Weltweit – und leider auch in Deutschland – werden Menschen wegen ihrer sexuellen Identität oder ihrer sexuellen Orientierung beleidigt, gedemütigt, verletzt und getötet. Umso wichtiger ist die klare Botschaft: Wir gehen dagegen konsequent vor. Und wir zeigen Flagge – als sichtbares Zeichen für Vielfalt und Respekt: Für alle Menschen, unabhängig davon, wen sie lieben oder wie sie ihre Sexualität definieren.“

Nancy Faeser,
Bundesinnenministerin BMI

Beratung: Tel. 030 216 33 36 (tägl. 17–19 Uhr)
Fallmeldung: www.maneo.de/report



Opferhilfe

STOPP SEXUELLE ÜBERGRIFFE - TIPPS FÜR BETROFFENE

Schwule und männlich-bisexuelle Jugendliche und erwachsene Männer sind häufig von sexuellen Grenzüberschreitungen, Übergriffen und Gewalt betroffen. Oftmals werden Übergriffe aus dem sozialen Umfeld bagatellisiert, mitunter sogar von den Betroffenen selbst. Für Betroffene wiederholt sich das, was sie oft auch nach homophoben Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen erleben. Viele Betroffene fühlen sich nach erlebten Übergriffen unverstanden und allein gelassen. Das kann in der Folge zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen und sozialer Isolation führen. MANEO nimmt sexuelle Übergriffe ernst. Deshalb hat sich MANEO in den letzten 33 Jahren wiederholt mit dem Thema sexuelle Gewalt beschäftigt und Informationen und Tipps für Betroffene auf seiner Homepage zur Verfügung gestellt. Betroffene sollen darin bestärkt werden, über sexuelle Grenzüberschreitungen zu sprechen. Dafür stellt sich MANEO zur Verfügung.

Sexuelle Übergriffe ereignen sich in vielen Formen und Ausprägungen. Beispielsweise berichten uns Betroffene, wie sie in der U-Bahn übermäßig lange angestarrt wurden, wie sie mit sexuell-anzügliche Worten belästigt und begrabscht wurden oder auch von Vergewaltigungen in hilflosen Umständen, weil sie betrunken oder von Drogen berauscht waren. Häufig schwanken gerade im letzteren Fall Betroffene, ob es sich dabei tatsächlich um eine Straftat oder um die eigene Schuld handelt. Dabei ist klar, dass auch das Ausnutzen hilfloser Situationen von Betroffenen strafrechtlich relevant ist.

Für viele Szenenutzer*innen bewegen sich sexuelle Übergriffe in Grenzbereichen. Wenn beispielsweise ein schwuler Mann in Drag in den Club geht und ihm jemand plötzlich an den Po oder in den Schritt fasst, wenn ihnen dann auch noch die übergriffigen Personen vorhalten, dass sie sich in ihrem Handeln durch die Aufmachung der Betroffenen ‚ermutigt‘ gefühlt hätten. Oder, wenn Bar- oder Clubbesucher weiter sexuell belästigt, begrabscht, und bedrängt werden, obwohl sie gesagt haben, dass sie ein solches Verhalten nicht wünschen. Manchmal machen sich die Übergriffigen sogar lustig und verfolgen Betroffene weiter. Manche Männer berichten, dass sie, nur weil sie von anderen Männern als eher „feminin“ gelesen werden, Opfer sexueller Übergriffe werden. Auch heterosexuelle junge Männer, die experimentieren, beispielsweise ihre Fingernägel lackieren, können Opfer von sexuellen Übergriffen werden.

Sexuelle Übergriffe verletzen Betroffene. Mit den Taten werden ihnen oftmals auch langanhaltende seelische Verletzungen zugefügt. Vor allem verunsichern sie Betroffene in ihrer Integrität und ihrer Identität. Mit den Übergriffen werden Betroffene in ihrer Individualität als verfügbare Objekte abgewertet. Übergriffe schränken Betroffene in ihrem Selbstwertgefühl ein und verunsichern sie, hinterlassen sie in Selbstzweifel und Selbstvorwürfen. Sie ändern ihr Verhalten und ihr Outfit, sobald sie das Haus verlassen. Hier handelt es sich um die klassische Umkehr von Tätern und Opfern. Die Täter fühlen sich sicher, weil ihnen niemand Einhalt gebietet.

MANEO hat sich im letzten Jahr erneut mit dem Thema sexuelle Übergriffe beschäftigt. Dabei wurden MANEO drei Videoclips zur Verstärkung seiner Aufklärungsarbeit geschenkt. Entwickelt und erstellt wurden sie von engagierten Menschen, die Übergriffe in unseren Szenen selbst erlebt und/oder die Bedeutung des Themas als ein für uns alle relevantes Problem erkannt haben. Mit den Videoclips sollen Betroffene und Interessierte ermutigt werden, sich mit verschiedenen Formen sexueller

Übergriffe auseinanderzusetzen - und sie zu melden. Sie sollen bestärkt werden, über Erfahrungen zu sprechen. **Link zu den Video-Clips:** <http://report.maneo.de/sexuelle-uebergriffe-2/>

Dazu bietet sich MANEO als Opferberatungsstelle an. MANEO bietet psychosoziale Unterstützung für Betroffene, Zeug*innen und Angehörige an. Wir nehmen Bedenken, Ängste und Sorgen von Betroffenen ernst. Wir nehmen uns Zeit. Wir arbeiten vertraulich. Wir stellen auf Wunsch Kontakt zu weiteren unterstützenden Stellen her und beraten über die Möglichkeit einer Anzeigenerstattung. Wir unterstützen Betroffene darin, Selbstsicherheit und das Vertrauen in ihre eigenen Entscheidungen wieder zu finden. Deswegen hat der Betroffene alle Entscheidungen in seiner Hand.

Für die Videoclips möchten wir uns ausdrücklich bedanken bei den Produzent*innen Tolga Tavan und Tini Leonhardt, beim Kameramann Alexander Schank sowie bei den mitwirkenden Protagonist*innen Marcelino, Kay P. Rinhya und Nico bedanken.

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN bietet Tipps für Betroffene von Gewalt und Diskriminierung.

<http://report.maneo.de/tipps-fuer-opfer-von-gewalt/>
MANEO hat sich bislang mit einer Vielzahl von Gewalt-Themen beschäftigt und dazu spezialisierte Informationen und Faltblätter veröffentlicht, u.a. zum Thema „Sexuelle Übergriffe“.

<http://report.maneo.de/sexuelle-uebergriffe-2/>
MANEO bietet Betroffenen, Zeug*innen und Angehörigen psychosoziale Beratung und Unterstützung. Hier kann über das Erlebte berichtet, Handlungsoptionen in Ruhe erwägt werden.

Terminvereinbarung per Mail unter opferhilfe@maneo.de oder telefonisch tgl. von 17-19 Uhr unter 030- 216 33 36.

Betroffene können uns Erlebnisse auch über unsere Meldestelle mitteilen, z.B. dann, wenn sie keine Beratung wünschen. So gehen Vorfälle nicht verloren.

<http://report.maneo.de>



HASS IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Soziale Medien sind aus unserem Leben kaum noch wegzudenken. Ständig vibrieren und klingeln unsere digitalen Endgeräte und veranlassen uns neue Kommentare und Nachrichten anzusehen. Ständig wollen wir wissen, wie unsere Onlinekontakte das, was wir gepostet haben, bewerten. Wenn wir einen ‚Like‘ bekommen, dann wird Dopamin ausgeschüttet und wir fühlen uns glücklicher.¹ Ganz anders ergeht es uns, wenn uns Hass und Hetze im Internet widerfährt.

Die Problematik

Dass wir es mit einem ernsthaften Problem zu tun haben zeigen bspw. repräsentative Untersuchungen des Bundeskriminalamts aus dem Jahr 2020. Hier wurden 45.351 Interviews von Menschen ab 16 Jahren, die in Deutschland leben, ausgewertet. Das Erkenntnisinteresse richtete sich auf das Dunkelfeld von begangenen Straftaten – also diejenigen Straftaten, die nicht angezeigt wurden – unter anderem im Internet.² Hier gaben insgesamt 4,4% der Befragten an, dass sie schon „verbale Gewalt online“ erlebt haben.³ Das bezeichnen die Forschenden als „Prävalenzrate“. Sie bezeichnet also den prozentualen Anteil der in Deutschland lebenden Personen ab 16 Jahren, die im betrachteten Zeitraum mindestens einmal Opfer wurden. Die Forschenden unterscheiden davon die „Inzidenzrate“, die die Anzahl an Opfererlebnissen pro 1000 Einwohner*innen innerhalb eines bestimmten Zeitraums angibt.⁴ Dieser kleinen Prozentzahl an Betroffenen steht eine Inzidenz von 507,9 Opfererlebnissen – also Vorfällen, die nicht angezeigt wurden – pro 1000 Einwohner gegenüber. Das bedeutet, dass diejenigen Menschen, die überhaupt von Gewalt im Internet betroffen waren, von durchschnittlich etwa zwölf Vorfällen betroffen waren.⁵

Gewalt im Internet ist damit die am meisten verbreitete Gewalt in Deutschland überhaupt. Meistens kommt es dabei zu Beleidigungen (Prävalenzrate 4,6%, Inzidenzrate 413,4). Allerdings kommt es auch zu konkreten Gewaltandrohungen im Internet. 1,6% der Befragten berichteten davon. Demgegenüber stehen 104,9 Vorfälle pro 1000 Einwohner*innen. Insgesamt sind Männer etwas häufiger betroffen.⁶

Noch brisanter wird es, wenn man sich die Altersklassen, die am meisten davon betroffen sind, anschaut. „So waren beispielsweise 14,9% der 16- bis 17-Jährigen im Referenzzeitraum von mindestens einem Vorfall verbaler Gewalt im Internet betroffen. Dieser Anteil sinkt mit dem Alter kontinuierlich und liegt bei

den über 84-Jährigen bei 0,6%.⁷ Gerade die 16-17-Jährigen und die 18-24-Jährigen sind besonders häufig von Gewalt im Internet betroffen. Die Inzidenzen sind riesig und liegen bei 1832,1 (16-17 Jahre) und 1146,9 (18-24 Jahre) jeweils pro 1000. Das bedeutet, dass es viele Mehrfachbetroffene gibt, die mit Hass überschüttet werden. Dazu kommt, dass das Anzeigeverhalten der Betroffenen sehr zurückhaltend ist, gerade bei den Jüngeren.⁸ Weniger als zehn Prozent der Delikte werden überhaupt angezeigt.⁹

Die Folgen

Auch wenn Beleidigungen und Bedrohungen im Internet selten angezeigt werden, weil sie beispielsweise verharmlost werden oder ihre strafrechtliche Relevanz nicht erkannt wird, so könnten dennoch die persönlichen Folgen gravierend sein. In einer Umfrage des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), die online durchgeführt wurde und an der 7.439 Personen teilnahmen, zeigte sich, dass 66% der Betroffenen von negativen Auswirkungen berichteten. „So berichteten zahlreiche Teilnehmende aus dieser Teilstichprobe von psychischen Problemen wie emotionalem Stress (z. B. Abgeschlagenheit, Lustlosigkeit: 33 %), Angst und Unruhe (27 %) sowie Depressionen (19 %). Auch von Problemen mit ihrem Selbstbild berichtete ein Viertel der Befragten aus dieser Gruppe (24 %). Als Folgen ergaben sich für 15 % Probleme mit und bei der Arbeit und für ebenso viele Befragte Probleme in der Bildungseinrichtung, die sie besuchen.“¹⁰ Davon wiederum sind Menschen unter 25 Jahren am häufigsten betroffen. In dieser Gruppe berichtete jede*r zweite von negativen Konsequenzen, davon 31 % von bestätigten Depressionen.¹¹

Nicht nur auf der persönlichen Ebene gibt es Folgen. Täter*innen wollen ihre Opfer einschüchtern und zum Schweigen bringen. Leider sind sie dabei zu häufig erfolgreich. „Die Hasskommentare im Netz bringen viele Nutzer*innen zum Schweigen. Über die Hälfte aller Befragten (54 %) stimmte der Aussage zu ‚Ich bekenne mich seltener im Internet zu meiner politischen Meinung.‘“¹² Das führt dazu, dass die Debattenkultur leidet und der Raum ‚Social Media‘ potenziell zu einem Raum der Exklusion wird. Es entsteht eine völlig unrealistische Wahrnehmung davon, wie das Meinungsbild tatsächlich ist. „Diese Einschätzung teilen auch die Befragten: Fast zwei Drittel (65 %) stimmten der Aussage zu ‚Mich überrascht bei manchen Themen, wie groß die Zustimmung zu Hasskommentaren ist.‘“¹³ Viele Menschen tendieren dazu, sich bei kontroversen Themen der Mehrheitsmeinung anzuschließen. Wenn sie dann allein den Meinungen in ihren Social Media Horizonten ausgesetzt sind, dann beeinflusst das den Meinungsbildungspro-

zess insgesamt.¹⁴ So werden dann in einigen Gruppen menschenfeindliche Einstellungen wie Homophobie, Rassismus und Sexismus legitimiert. In anderen Gruppen könnte es dazu kommen, dass Gewalt zur Durchsetzung eigener gesellschaftlicher Vorstellungen als legitimes Mittel angesehen wird. Das spaltet Gesellschaft, was sich offline auswirkt: „Die Aussage ‚Durch den öffentlichen Hass im Netz hat sich verändert, was man auch außerhalb des Internets sagen kann und was nicht‘ fand bei 59 % der Studienteilnehmer*innen Zustimmung.“¹⁵

Sexuelle und geschlechtliche Minderheiten als Betroffene

In der Befragung des IDZ haben 40% der Befragten angegeben, dass sie schon einmal ‚hate speech‘ im Internet gesehen haben. Sie wurden auch dahingehend befragt, auf welche Gruppen sich diese Postings bezogen haben. Bei 87% waren homosexuelle und bei 80% trans*sexuelle Menschen betroffen (Mehrfachnennungen waren möglich).¹⁶ Außerdem gaben 8% der Befragten an, dass sie schon Ziel von Hassattacken im Internet waren. 12% dieser Menschen gaben an, dass sich diese auf ihre sexuelle Orientierung bezogen. Dabei sind vor allem Menschen mit Migrationshintergrund betroffen.

Was kann man dagegen tun?

Die Studienlage weist darauf hin, dass es sich um ein Massenphänomen handelt und dass Betroffene meist mehrfach betroffen sind. Das überfordert viele Menschen, gerade wenn sie bspw. einem ‚Shitstorm‘ ausgesetzt sind. Neben den psychischen Folgen, die sie zu ertragen haben, sollen sie auch noch gegen jede*n einzelne*n Täter*in Anzeige erstatten? Das ist eine unrealistische Vorstellung. Es schützt aber vor allem die Täter*innen, die sich dann ermutigt fühlen könnten, ihr ‚Gift‘ weiter zu verbreiten. Insgesamt erzielen sie mit ihrem Hass große Verbreitungsraten, weil die Algorithmen, die steuern, was User*innen zu sehen bekommen, kontroverse Äußerungen bevorzugt anzeigen.

Das hat die Stelle ‚Respect‘ (siehe Merkkasten) erkannt und bietet bei Hass im Netz an, Anzeige für die Betroffenen zu erstatten, wenn Äußerungen strafbewehrt sind. Betroffene brauchen nur die URL und/oder Screenshots hochladen. Die Sachverhalte werden geprüft und dann wird gegebenenfalls Anzeige erstattet. Auch die Betreiber von ‚Hass im Netz‘ bieten die Prüfung von online Inhalten auf Unzulässigkeit an. Hier kann auch anonym gemeldet werden (siehe Merkkasten).

Online-Inhalte, die sich gegen LSBTIQ+ richten, sollten immer auch an MANEO gemeldet werden. Auch hier kann die Meldung über unsere Homepage erfolgen (siehe Merkkasten).

Fazit

Hass und Bedrohung im Internet sind ein Massenphänomen. Sie betreffen vor allem gesellschaftliche Minderheiten wie LSBTIQ+. Sie sind Gewalt und wirken sich auch negativ auf unsere Offline-Umwelt aus, weil sie durch die Programmierungen der Sozialen Medien immer weiterverbreitet werden. Täter*innen sprechen Betroffenen ihre Existenzberechtigung ab. Sie setzen sie in ihrer Menschenwürde herab, auch soweit, dass Opfer entmenschlicht werden. Dabei können sich die Täter*innen sicher fühlen, weil sie nur selten angezeigt werden.

Es ist wichtig, diesem Phänomen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und Täter*innen Stoppsignale zu senden, auch mit Hilfe der Strafverfolgungsbehörden. Das stärkt Betroffene und schützt letztendlich auch unsere Debattenkultur und damit die Demokratie an sich.

Seit 1990 erfasst und dokumentiert MANEO homophobe und vorurteilsmotivierte Gewalt- und Straftaten und Fälle von homophober Diskriminierung. Fälle sollen nicht nur gesammelt und statistisch ausgewertet werden, sondern es soll auch öffentlich sichtbar gemacht werden, dass Ausgrenzung, Diskriminierung, Straftaten und Gewalt gegen LSBTIQ+ noch immer zum Alltag gehören, auch in Berlin. Dazu zählen Hasskommentare und Aufrufe zu Gewalt im Internet wie die beschriebenen. Deswegen bitten wir alle, die solche Fälle beobachtet haben, auch MANEO zu informieren. Erreichen kann man uns **täglich von 17 bis 19 Uhr** telefonisch unter **030 216 33 36** oder 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche unter www.maneo.de/report

Quellen

- 1) Vgl. <https://www.arte.tv/de/videos/109374-000-A/die-dopamin-falle/> (16.06.2023)
- 2) Vgl. ebd., S. 6 [file:///Users/candyspilski/Downloads/SKiD2020_Ergebnisse_V1.2%20\(1\).pdf](file:///Users/candyspilski/Downloads/SKiD2020_Ergebnisse_V1.2%20(1).pdf) (16.06.2023)
- 3) Vgl. ebd., S. 35
- 4) Vgl. ebd., S. 16
- 5) Vgl. ebd., S. 35
- 6) Vgl. ebd., S. 36ff.
- 7) Ebd., S. 42
- 8) Vgl. ebd., S. 80
- 9) Vgl. ebd., S. 79
- 10) Vgl. S. 27 https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf (16.06.2023)
- 11) Ebd.
- 12) Ebd. S. 28
- 13) Ebd. S. 29
- 14) Vgl. ebd.
- 15) Ebd.
- 16) Vgl. ebd. S. 20

IM FALL DES FALLS

- Beweise sichern, Kommunikation dokumentieren (Screenshots mit Usernamen usw.), denn Kommentare können auch schnell gelöscht werden.
 - Dazu gehören Screenshots von den Nutzerprofilen sowie ein Link, der zum Nutzerprofil führt.
 - Auch die eigenen Kommentare sollten gesichert werden.
- Täter*innen bei den Sozialen Netzwerken melden!
- Bei der Polizei Anzeige erstatten (Internetwache).
- Wenn Unsicherheiten oder Überforderungen bestehen: www.hass-im-netz.info (auch anonym) oder <https://meldestelle-respect.de> kontaktieren und die Inhalte und Screenshot hochladen.
- Es schadet nicht, sich gegen Hassposts zu positionieren; jedoch besser nicht in gefährlichen Situationen wie in Fällen konkreter Bedrohung.
- Zusätzlich auf die eigenen Reaktionen und Kommentare achten, weil die eigenen Kommentare bei späteren Ermittlungen von Strafverfolgungsbehörden hinzugezogen werden.
- Bei Bedrohungen im Netz sollte immer auch sofort die eigene Privatsphäre-Einstellungen in den Sozialen Netzwerken überprüft werden.
- In konkreten Fällen von Bedrohung im Netz gibt es im Landeskriminalamt eine „Dienststelle für Individualgefährdung“.
- Bei homophoben oder trans*phoben Kommentaren immer auch **MANEO** unter <http://report.maneo.de> oder telefonisch unter **030 216 33 36 (tgl. 17 bis 19 Uhr)** benachrichtigen.



Dokumentation

MANEO-REPORT 2022

VERÖFFENTLICHT

ZUNAHME DER ZAHLEN GEGENÜBER DEM VORJAHR

Jährlich erfasst MANEO Fälle und Hinweise von Gewalt gegen Schwule und männliche Bisexuelle und gegen Menschen, die für schwul gehalten wurden bzw. durch einen schwulenfeindlichen Übergriff betroffen waren, sowohl in Berlin als auch in seinem Einzugsgebiet. Ebenso dokumentieren wir Hinweise auf Straftaten gegen Lesben, Trans*- Inter-, non-binäre und queere Personen und die sich gegen die gesamte LSBTIQ+ -Community richten, z.B. Übergriffe gegen Einrichtungen oder Gedenksteine.

VORBEMERKUNG

Die von uns zusammengetragenen Fallzahlen und Hinweise für 2022 liegen auf hohem Niveau. Uns ist es im Berichtsjahr gelungen, mehr Fälle und Hinweise im Dunkelfeld als im Vorjahr zu ermitteln, die bislang nicht zur Anzeige gekommen sind.

Die 2020 von der Generalstaatsanwaltschaft verfügte Austauschsperrung untersagt nun leider einen Abgleich mit der Berliner Polizei. Regelmäßig waren uns dafür von der Polizei wenige anonymisierte statistische Eckinformationen zu Fällen LSBTIQ+ -bezogener Hassgewalt zur Verfügung gestellt worden. Zur Begründung wurden rechtliche Bedenken durch den Datenschutzbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft angeführt. Ein 25 Jahre lang funktionierendes und bewährtes Format darf nicht mehr fortgesetzt werden. Das bewährte Austauschformat stand für Ver-

trauensbildung und Zusammenarbeit zwischen Polizei und LSBTIQ+ -Szenen. Vor allem unterstützte der Dialog das gemeinsame Bemühen, die Gewaltpräventionsarbeit in Berlin zu stärken. MANEO hat aufgrund seiner niedrigschwelligeren Arbeit in den 25 Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass Fälle aus dem Dunkelfeld ins Hellfeld geführt werden konnten. Hier war Berlin im bundesweiten Vergleich bisher Spitzenreiter gewesen. In keiner anderen Region Deutschlands konnten vergleichbare Ergebnisse erzielt werden. Deshalb betrachten wir die seit zwei Jahren bestehende Austauschsperrung mit großer Sorge, weil die Situation unmittelbare Auswirkungen auf die gesamte Gewaltpräventionsarbeit in den LSBTIQ+ -Szenen in Berlin zur Folge hat. Die Austauschsperrung wird deshalb sowohl von der Berliner Polizei als auch von uns bedauert. Leider hat sich zur Klärung und Beseitigung bis heute nichts getan.

Aus Sicht von MANEO muss im Kampf gegen LSBTIQ+ -Feindlichkeit gelten, was Ende 2020 im Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus beschlossen wurde, nämlich eine „Institutionalisierung bzw. Stärkung des fachlichen Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden“. Die Austauschsperr schränkt diesen Beschluss ein.

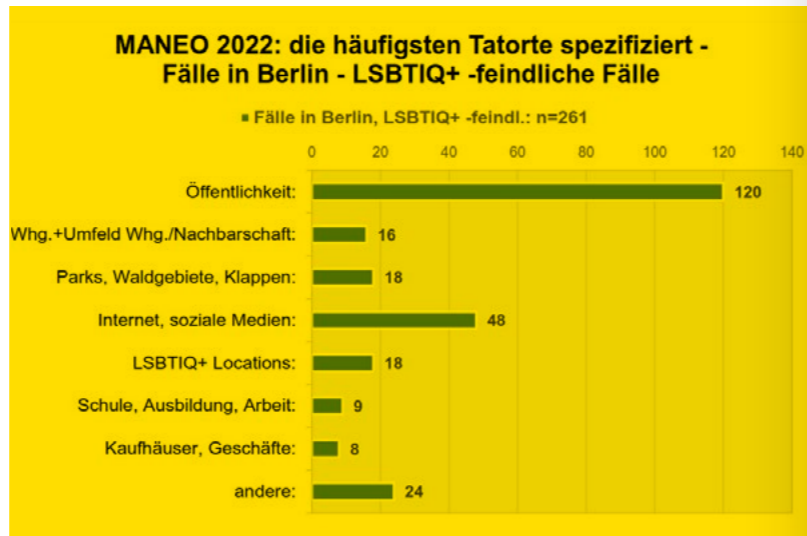
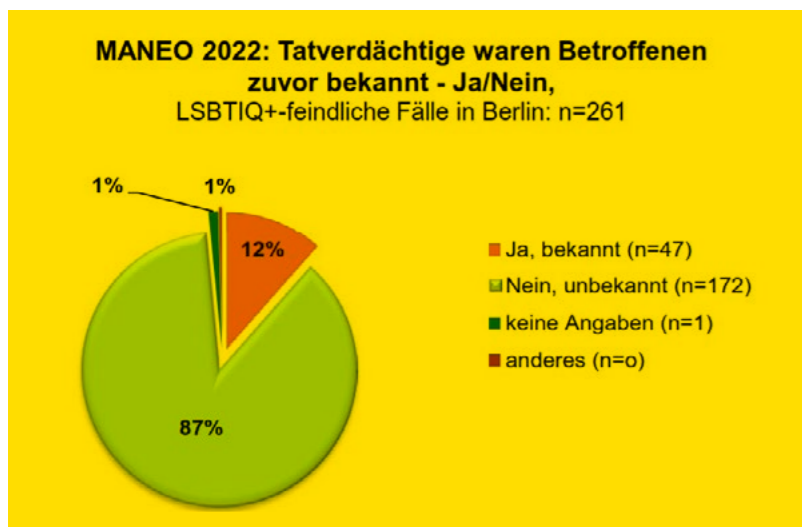
ZAHLEN AUS 2022

557 Fälle und Hinweise LSBTIQ+ -feindlicher Gewalt

MANEO erfasste im Berichtsjahr 760 neu eingegangene Fälle und Hinweise (2021: 731). Davon enthielten 557 Fälle und Hinweise LSBTIQ+ -feindliche Bezüge (2021: 527) – eine weitere Steigerung gegenüber den Vorjahren.

Von diesen konnten wir 351 Fälle auswerten (2021: 321), davon 261 Fälle mit LSBTIQ+ -feindlichen Bezügen. Wie in unserer Vorbemerkung beschrieben, fehlte uns der Austausch mit der Polizei über Fälle und Hinweise. Deshalb können wir auch 409 Hinweise, zu denen uns genauere Informationen zu Tat-Zeiten, Tat-Orte und Tat-Ereignisse fehlten, nicht auswerten geschweige denn feststellen, ob diese angezeigt wurden oder nicht. In der Vergangenheit waren wir in der Lage, unsere Hinweise mit der Polizei abzugleichen, um Doppelzählungen zu vermeiden und sie gegebenenfalls unserer statistischen Erfassung hinzuzufügen.

MANEO-Report 2022: 261 ausgewertete LSBTIQ+ -feindliche Übergriffe in Berlin. Vor Fallmeldung bei MANEO - Anzeige erstattet Ja/Nein. 127 Fälle angezeigt, 124 Fälle nicht angezeigt, 10 Fälle keine Angaben.



MANEO-Report 2022: 261 ausgewertete LSBTIQ+ -feindliche Übergriffe in Berlin. Tatortschwerpunkte spezifiziert.

Zu den dominierenden Deliktformen zählen Beleidigungen (42%), sowohl einfache und gefährliche Körperverletzungen, auch der Versuch (29%) und Nötigung und Bedrohung (24%). Zu den dominierenden Tatörtlichkeiten zählten die allgemeine Öffentlichkeit, d.h. öffentliches Straßenland und öffentliche Verkehrsmittel (46%), Internet und Soziale Medien (18%), LSBTIQ+ -Locations (7%) und Park- und Waldgebiete (7%).

Im Berichtsjahr ist die Anzahl der Übergriffe gegen LSBTIQ+ -Einrichtungen, einschließlich deren Unterstützer*innen, aufgefallen. Wir erfassten 44 Übergriffe gegen senatsgeförderte Projekte, Bars und Cafés, außerdem gegen kirchliche bzw. religiöse Einrichtungen, die die Regenbogenfahne zeigten. Auffällig ist der Anteil nicht-angezeigter Taten, der im Berichtsjahr auf 48% angestiegen ist (2021: 34%). Mit unserer niedrigschwelligen Arbeit erreichen wir immer mehr Menschen, die bisher keine Anzeige erstattet haben.

Alle Fälle weisen für viele LSBTIQ+ auf eine erschreckende Alltagsrealität hin: Mit Angst und Furcht zu leben, allein aufgrund dessen, schwul, lesbisch, bi-, trans*, intersexuell oder queer zu sein, beleidigt, bedroht und angegriffen werden zu können.

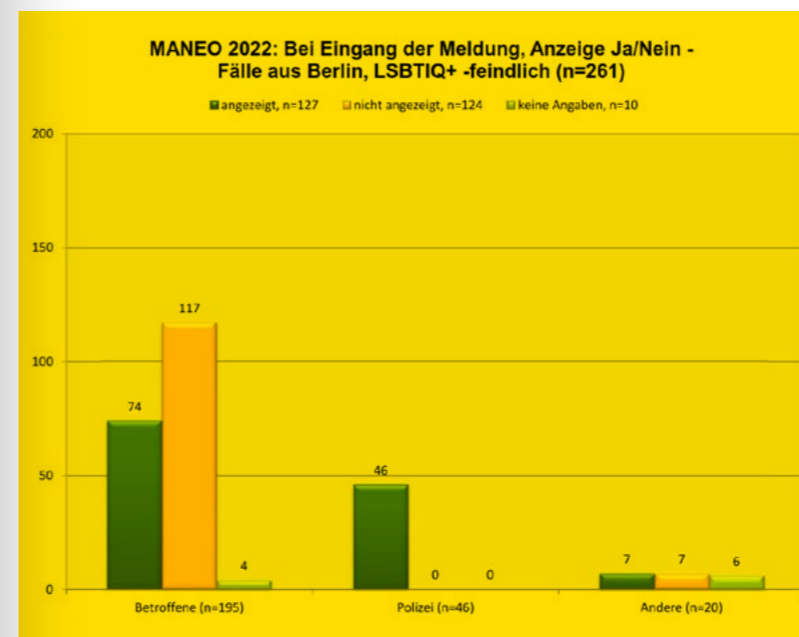
Wir weisen darauf hin, dass ein Anstieg (oder Rückgang) von LSBTIQ+ -bezogener Gewalt keinen Rückschluss auf einen objektiven Anstieg (oder Rückgang) von Übergriffen zulässt. Nach wie vor schätzen wir den Anteil nicht angezeigter Delikte gegen LSBTIQ+ in Berlin als sehr hoch ein. Das Dunkelfeld liegt unserer Einschätzung nach bei 80-90%.

5 FALLBEISPIELE AUS DEM MANEO-REPORT 2022

Wedding, 19.02.2022 – Nach einem lesbischen Kuss auf U-Bahnhof angegriffen – Weil sie sich mit einer anderen Frau auf dem U-Bahnhof Gesundbrunnen geküsst hatte, wurde eine 25-jährige Frau von einem Unbekannten geschlagen und zu Boden gestoßen. Nach Angaben der Attackierten küsste sie sich gegen 4.15 Uhr auf dem U-Bahnhof mit einer 26-Jährigen, als der Unbekannte daraufhin auf sie zugegangen und sie in türkischer Sprache zur Rede gestellt haben soll. Anschließend soll der Mann sie auf dem Bahnsteig der Linie U8 geschlagen und zu Boden gestoßen haben. Die 25-Jährige erlitt hierbei eine Verletzung am Rumpf und Gesäß. Anzeige wurde erstattet.

Mitte, 13.03.2022 – transphobe Beleidigung und Körperverletzung auf Straße – Ein 35-Jähriger und eine ihn begleitende 21-jährige Transfrau wurden in Mitte angegriffen. Kurz nach 20 Uhr soll ein unbekannt gebliebener Mann aus einer Personengruppe von drei jungen Männern an der Kreuzung Dircksenstraße/ Karl-Liebknecht-Straße auf die Spazierenden zugetreten und sie auf arabischer Sprache homophob beleidigt haben. Wenig später soll der Tatverdächtige ausgeholt, dem 35-Jährigen ins Gesicht geschlagen und ihn dabei an der Lippe verletzt haben. Nach kurzer Rangelei gelang es dem Angreifer, zu fliehen. Anzeige wurde erstattet.

MANEO-Report 2022: 261 ausgewertete LSBTIQ+ -feindliche Übergriffe in Berlin. Tatverdächtige waren den Betroffenen zuvor bekannt? Bekannt: in 47 Fällen; unbekannt: in 172 Fällen; keine Angaben: 1 Fall; anderes: 0.



Neukölln, 25.03.2022, 13:30 Uhr – schwulenfeindliche Beleidigung und Körperverletzung auf der Karl-Marx-Straße – Ein schwuler Mann wurde von drei jungen Männern auf der Karl-Marx-Straße zunächst schwulenfeindlich beleidigt. Daraufhin wurde er auch körperlich angegriffen. Dem Betroffenen wurde aus der Gruppe heraus gegen den Kopf geschlagen, ihm wurde zudem ein Ohrring weggerissen. Die Angreifer schubsten sogar den Betroffenen in Richtung der befahrenen Straße. Nur durch das Eingreifen von aufmerksamen Passanten ließen die Tatverdächtigen von dem Betroffenen ab und flüchteten. Anzeige wurde erstattet.

Tiergarten, 11.07.2022 – Beleidigung und Bedrohung gegen Einrichtung – Nach dem Hissen der Regenbogenflagge vor der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee wurde eine Sprachnachricht an die offizielle Seite der Moschee auf Instagram gesendet. Eine unbekannt gebliebenen Person äußerte sich wie folgt: „Viele Grüße, euch sollte man enthaupten und verbrennen. Tschau, tschau.“ Anzeige wurde erstattet.

Steglitz, 19.09.2022 – als schwules Paar erkannt, mehrfach beleidigt und bedroht – Ein schwules Paar ging am Tataabend nach dem Besuch eines Schwimmbades Hand in Hand zu ihrem Auto. Als sie an zwei Männern auf dem Weg zum Parkplatz vorbeiging, fragte einer, ob sie schwul seien. Der zweite Mann fing seinerseits direkt mit schwulenfeindlichen Beleidigungen an: „Ihr Scheißschwuchteln“, „Ihr Schwänze“ und „ich fickte euch beide!“ Die Betroffenen mussten sich in ihre Richtung gerufene Beleidigungen anhören, bis sie ihr geparktes Auto erreichten. Die Betroffenen informierten MANEO. Eine Anzeige wurde nicht erstattet.

BERATUNGSARBEIT - HILFE FÜR BETROFFENE VON ÜBERGRIFFEN

Wir haben trotz Corona-Maßnahmen im Jahr 2022 unsere Beratungstätigkeiten aufrechterhalten und die pro-aktive Vorrort-Arbeit fortgesetzt. Die Anzahl ratsuchender Personen wächst seit 10 Jahren kontinuierlich an. Wir haben insgesamt 828 Personen beraten (2021: 805):

- 660 Personen nahmen direkten Kontakt mit MANEO auf (2021: 616)
- 166 Personen haben wir im Rahmen unserer pro-aktiven Arbeit erreicht (2021: 190).

Gegenüber dem Vorjahr wuchs die Anzahl der Beratungsgespräche, einschließlich mit Institutionen im Rahmen des organisierten Casemanagements, wieder an. Insgesamt haben wir 2.074 Beratungsgespräche geführt (2021: 1.964).

Übergriffe können in der Beratungsarbeit nicht losgelöst aus der Biografie von Schwulen und männlichen Bisexuellen, von LSBTIQ+ allgemein, betrachtet werden. Vielfach bringen sie erlebte Ausgrenzung und Diskriminierung als Vorerfahrungen mit dem sogenannten Minderheitenstress. Unser Ziel ist es, unsere Beratungsarbeit kontinuierlich zu verbessern und sie auf die Bedarfe und Bedürfnisse von Betroffenen abzustimmen.

Im Rahmen unserer ambulanten psychosozialen Opferberatung verzeichneten wir 80 Termine mit Besuchsdiensten und Begleitungen, z.B. zu Gericht, Behörden und Polizei. 116-mal haben wir Betroffenen geholfen, ihre Interessen gegenüber Institutionen zu vertreten. Dazu zählen u.a. Anträge auf Leistungen oder finanzielle Unterstützung (z.B. Opferfonds, Opferentschädigung, OEG/ Versorgungsamt).

MANEO bietet täglich zwischen 17-19 Uhr eine offene Sprechstunde an. Mitarbeiter sind täglich telefonisch unter der Rufnummer 030- 216 33 36, werktags in unserer Beratungsstelle auch persönlich erreichbar.

Mit den Phänomenen der Gewalt, die uns begegnen, erkennen wir Herausforderungen und Bedarfe, oft auch fehlende Angebote, die zielgruppenspezifisch und bedarfsorientiert ausgerichtet sind. Solche Lücken erkennen wir beispielsweise bei Angeboten für LSBTIQ+ - Einrichtungen, die unmittelbar von Bedrohung und Übergriffen betroffen sind. Deshalb bieten wir uns regelmäßig den Mitarbeitenden-Teams von betroffenen Einrichtungen für Gespräche und Beratungen an.

Als zielgruppenspezifische Opferhilfe kooperiert MANEO mit weiteren Fach- und Beratungsstellen bundesweit. MANEO arbeitet als qualifizierte Fachstelle nach Qualitätsstandards des Bundesfachverbandes ‚Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland‘, dem MANEO seit 1992 angehört.

GEFLÜCHTETE

Wir haben im Berichtsjahr 30 Fälle von homophober Gewalt gegen schwule, bisexuelle und queere Geflüchtete in Berlin erfasst, von denen 36 Personen betroffen waren.

Seit 2015 engagieren wir uns in der Geflüchtetenarbeit. Mittlerweile bieten wir zwei Teestuben als ‚Safe Spaces‘ für Geflüchtete an: sprachfeste Mitarbeiter organisieren regelmäßige Teestuben-Treffen für Russisch und Ukrainisch sprechende Geflüchtete in Schöneberg und für Arabisch, Farsi und Türkisch sprechende Geflüchtete in Moabit an.

Aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der damit einhergehenden Geflüchteten-situation haben sich bei uns Beratungsgespräche verfünf- und versechsfacht (2022: 721 Gespräche; 2021: 110 Gespräche). Besonders im Fokus der Gespräche stehen Beratungen zu Ängsten vor LSBTIQ+-bezogener Diskriminierung durch Behörden und Übergriffe im Wohnumfeld und im Umfeld von Szeneneinrichtungen. Unser Ziel ist gewaltpräventive Aufklärung und Empowerment von Geflüchteten, d.h. ihnen Mut zu machen und in der Hilfe zur Selbsthilfe zu bestärken und zu unterstützen.

KIEZORIENTIERTE GEWALTPRÄVENTIONSARBEIT

MANEO engagiert sich in der kiezorientierten Gewaltpräventionsarbeit. Angefangen hat die Arbeit vor 33 Jahren im Regenbogenkiez. Aus diesem Engagement sind Vernetzung, Gespräche und zahlreiche Initiativen und Projekte hervorgegangen, u.a. das von MANEO initiierte Lesbisch-Schwule Stadtfest (1993). Diese Erfahrungen überträgt MANEO in sein Engagement für das vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg geförderte Projekt „Nachtbürgermeister Regenbogenkiez“. Wir zeigen tägliche Präsenz im Kiez, sowohl an unserem Info-Punkt als auch durch regelmäßige Rundgänge. Und wir unterstützen mit Vernetzung, Austausch und Gesprächsrunden die Gewaltpräventionsarbeit im Regenbogenkiez.

MANEO engagiert sich in weiteren Berliner Kiezen, u.a. in Nord-Neukölln. Hier sind wir aktives Mitglied im Neuköllner Netzwerk gegen Trans*- und Homophobie. Darüber hinaus organisieren wir eigene Aktionen, beispielsweise im Rahmen unserer jährlichen Kampagne „Kiss Kiss Berlin“, (21.03. bis 17.05.), zusammen mit örtlich ansässigen Jugendeinrichtungen, Schulen, Nachbarschaftstreffen und Stadtteilmütter.

Außerdem bauen wir mit MANEO-Kontaktstellen unsere Angebote in Außenbezirke aus, so in Neu-Hohenschönhausen/ Wartenberg, Nord-Marzahn und Rudow. Leider fehlte uns bisher die finanzielle Unterstützung, um unsere Sprechzeiten, Vernetzungsarbeit und Angebote in den Kiezen regelmäßig fortsetzen zu können.

VERÖFFENTLICHUNG DES MANEO-REPORTS 2022

Der MANEO-Report 2022 wurde anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*phobie (IDAHOBIT) und zum Abschluss der jährlich von MANEO organisierten Wahrnehmungskampagne „Kiss Kiss Berlin“ (21.03.-17.05.)

veröffentlicht. Der MANEO-Report 2022 umfasst 220 Seiten. Er beschreibt die von MANEO im Berichtsjahr geleistete Arbeit. **Der MANEO-Report enthält in der Anlage Zahlen und Informationen von der Berliner Polizei und der Staatsanwaltschaft Berlin.** Der Bericht steht ab dem 10. Mai 2023, 13 Uhr, öffentlich zugänglich auf der Homepage von MANEO: www.maneo.de

5 KERNFORDERUNGEN AN POLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT

1. Der statistische Austausch anonymisierter Eckinformationen zwischen MANEO und der Polizei muss umgehend wieder aufgenommen werden, dies auch im Interesse einer effizienten Gewaltpräventionsarbeit sowie im Interesse des Rufes von Berlin, Regenbogenhauptstadt sein zu wollen.
2. Die finanzielle Förderung unserer qualifizierten zielgruppenspezifischen und bedarfsorientierten Opferhilfearbeit muss angesichts kontinuierlich wachsender Opfer- und Beratungszahlen verstärkt werden. Dazu gehört auch unsere Arbeit mit Geflüchteten, die sich im Berichtsjahr verfünf- bzw. versechsfacht hat. Vor dem Hintergrund politischer Entscheidungen, mit denen in Berlin allgemein mehr Opfer von Straftaten erreicht werden sollen, dürfen die unmittelbar involvierten Opferhilfefachberatungsstellen nicht weiter leer ausgehen. Dem jetzt schon ermittelten Mehrbedarf muss mit der Erhöhung finanzieller Mittel für mehr Personal in den Beratungsstellen entsprochen werden.
3. Politik und zuständige Institutionen in Berlin dürfen nicht nachlassen, den in unserer Gesellschaft noch immer tief verankerten Vorurteilen gegenüber LSBTIQ+ unmissverständlich zu begegnen. Mit der Einrichtung eines Spiegelressorts in der Senatskanzlei unterstreicht der Regierende Bürgermeister von Berlin, dass er die Umsetzung beschlossener Maßnahmen der Senatsverwaltung begleitet und verfolgt.
4. LSBTIQ+ -Einrichtungen, dazu zählen auch die von der Senatsverwaltung geförderten Einrichtungen, außerdem Einrichtungen, die sich sichtbar mit LSBTIQ+ solidarisieren (z.B. durch Zeigen der Regenbogenflagge), sind von Übergriffen bedroht und betroffen. Behörden müssen schneller reagieren und unmittelbar betroffenen Einrichtungen Hilfe und Unterstützung anbieten.
5. Wir rufen Betroffene und Zeug*innen dazu auf, uns jeden Fall von LSBTIQ+ -feindlicher Gewalt zu melden; auf Wunsch unterstützen wir Betroffene bei einer Anzeige bei der Polizei. Wir appellieren an alle Berliner*innen, die LSBTIQ+ -feindliche Gewalt beobachten, nicht wegzusehen. Es geht nicht darum, sich in Gefahr zu bringen: Aber Zeug*innen können beispielsweise ihr Handy hervorholen und laut und deutlich kundtun, dass sie jetzt die Polizei verständigen. Oft hilft es den Betroffenen zu wissen, dass sie nicht allein sind. Berlin braucht mehr Zivilcourage, auch als Reaktion auf Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.

Berlin, 10.05.2023. Übergabe des MANEO-Reports und Anschnitt des Kiss Kiss Berlin-Regenbogenkuchen im Berliner Abgeordnetenhaus mit der Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhaus, Cornelia Seibeld. Vorne im Bild (v.l.n.r.): Lala Süsskind, MANEO-Beirätin, Werner Graf, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/ Die Grünen, Cornelia Seibeld, Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhaus, Soeren Grawert, stellv. Vorsteher BVV Steglitz-Zehlendorf. Hinten im Bild (v.l.n.r.): Sebastian Walter, Sprecher für Queer- und Diversitätspolitik und Haushalt der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Carsten Schatz, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, Bastian Finke, Leiter von MANEO, und Klaus Lederer, queerpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Unser Dank geht an das Hotel INNSiDE Berlin Mitte based at Meliá Berlin, das den Kiss Kiss Berlin-Regenbogenkuchen an MANEO gestiftet hat.



Unser Dank geht an das Hotel INNSiDE Berlin Mitte based at Meliá Berlin, das den Kiss Kiss Berlin-Regenbogenkuchen an MANEO gestiftet hat.



Dokumentation
HOLOCAUSTGEDENKTAG
**GEDENKEN AN DIE
LESBISCHE
JÜDIN MARY PÜNJER**

Am 27.01.2023 gedachte der Deutsche Bundestag erstmals LSBTIQ+ als Opfer des Nationalsozialismus. Im Rahmen der Gedenkstunde für die Opfer des Holocausts wurde der Menschen gedacht, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität im Nationalsozialismus verfolgt worden waren. In unserem letzten Newsletter #45 veröffentlichten wir die Rede zum Leben von Karl Gorath (1912-2003), die vom Historiker Dr. Lutz van Dijk für den Deutschen Bundestag verfasst und von Jannik Schüman vorgetragen worden war. In diesem Newsletter veröffentlichen wir nun den von Maren Kroymann vorgetragenen Text zum Leben der lesbischen Jüdin Mary Pünjer, die im Konzentrationslager Ravensbrück interniert und 1942 ermordet worden war.

Liebe Mary Pünjer, eigentlich solltest Du hier stehen und berichten. Solltest uns Deine Sicht auf Deine Lebensgeschichte erzählen, die, trotz mühsam aufgespürter Dokumente, noch immer unvollständig ist.

Selbst über Deinen Tod wurde bis zuletzt gelogen. Angeblich bist Du 1942, mit 37 Jahren, im Konzentrationslager Ravensbrück an Herztod gestorben. Aber Du bist nicht „gestorben“. Du bist ermordet worden – in der Gaskammer einer sogenannten Heilanstalt, die aber auch als Tötungsanstalt missbraucht wurde. Selektiert für die Vergasung von einem deutschen Arzt, der auf der Diagnose-Karte vermerkt, dass Du eine „sehr aktive ‚kessle‘ Lesbierin“ gewesen seist. Wie kam der Arzt zu der tödlichen sogenannten „Diagnose“? Was würdest Du uns heute sagen, wenn wir Dir zuhören könnten?

Diese Fotos zeigen Dich im März 1941 als Häftling im Konzentrationslager Ravensbrück. Da bist Du 36 Jahre alt. Du hast nur noch etwas mehr als ein Jahr zu leben.

Was wissen wir über Dein Leben bis hierher? Geboren wirst Du 1904 in eine jüdische Kaufmannsfamilie in Wandsbek, das heute zu Hamburg gehört. Deine Eltern führen ein gut gehendes Damenkonfektionsgeschäft. Du kannst eine höhere Schule besuchen und schaffst 1922 Dein Abitur. Danach arbeitest Du zunächst im Geschäft der Eltern mit. Dein Vater stirbt 1926, ab jetzt leiten Deine Mutter und Dein Bruder Herbert das Geschäft. 1929, mit 25 Jahren, heiratest Du den nichtjüdischen Buchmacher Fritz Pünjer. Eure Ehe bleibt kinderlos.

Ab Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 ist auch Euer Familiengeschäft von Boykotten betroffen. Trotz aller Propaganda lässt Dein Mann sich nicht von Dir, seiner jüdischen Frau, scheiden. Das bietet Dir zunächst einen gewissen Schutz.

Nach dem Pogrom vom November 1938, das die Nazis verharmlosend als „Kristallnacht“ bezeichnen, muss Deine Mutter das Geschäft aufgeben und es, wie auch ihr Wohnhaus, mit Grundstück weit unter Wert verkaufen. Dein Mann Fritz wird gleich nach Kriegsbeginn 1939 als Fahrer zum verstärkten Polizeischutz im besetzten Polen eingezogen, kommt aber immer wieder auch zurück nach Hamburg.

Warum wirst Du am Abend des 24. Juli 1940 verhaftet? Es gibt darüber weder eigene Aussagen von Dir noch polizeiliche Dokumente. Du wirst zunächst in das Konzentrationslager Hamburg-Fuhlsbüttel gebracht und dann, am 12. Oktober 1940, in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert. Auf der Zugangsliste ist hinter Deinem Namen das Wort „asozial“ vermerkt, nicht jedoch „jüdisch“. Du erhältst die Häftlingsnummer 4841. Auf Deiner Häftlingskleidung ist der schwarze Winkel der „Asozialen“.

Lagerdokumente aus Ravensbrück weisen ebenfalls aus, dass Du in den Barackenblöcken für „asoziale“ Häftlinge untergebracht bist, nicht in denen für jüdische Häftlinge. Einmal wirst Du vorübergehend zurück nach Hamburg transportiert und im 23. Kriminalkommissariat verhört. In dem Kommissariat, das vor allem für „sexuelle Delikte“ zuständig ist. Auch hier fehlen Protokolle der Verhöre. Jedenfalls scheint Deine langjährige Ehe wenig zu zählen angesichts der dort erhobenen Anklagen wegen lesbischen Verhaltens, die später ein KZ-Arzt gegen Dich verwenden wird.

Verfolgt werden auch Deine Geschwister.

Wir sehen Dich hier, vermutlich 1908, in Wandsbek, im Alter von vier Jahren. Du stehst lebensfroh in der Mitte, links neben

27.01.2023 - Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus - Gedenkstunde im Deutschen Bundestag. Im Bild: Schauspielerinnen Maren Kroymann. Fotograf/in: Leon Kügeler / photothek.

Dir Dein älter Bruder Herbert und rechts Deine ältere Schwester Ilse. Deine Schwester Ilse wird 1941 als Jüdin zunächst nach Riga deportiert und schließlich im KZ Stutthof ermordet. Eurem Bruder Herbert gelingt mit Frau und Sohn 1938 noch die Flucht nach Amerika.

Eure Mutter Lina Kümmermann wird im Juli 1942 als Jüdin zunächst nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz deportiert, wo sie im Mai 1944 mit 71 Jahren ebenfalls ermordet wird.

Genau Zahlen darüber, wie viele Menschen in der NS-Zeit als „Asoziale“ ermordet wurden, gibt es nicht. Eine Schätzung des US-amerikanischen Holocaust-Museums in Washington aus dem Jahr 2019 geht von circa 70 000 Opfern aus.

Was war anders an Mary Pünjer? Und was genau bedeutete die Häftlingskategorie „asozial“? Anders als bei homosexuellen Männern war lesbisches Verhalten nach keinem Paragraphen im Gesetzbuch strafbar. Unter „asozial“ wurden verschiedene Verhaltensformen zusammengefasst, die im Nazi-Jargon von „arbeitsscheu“ über „Prostitution“, „Vagabundieren und Bettelerei“ bis zur „Veruntreuung öffentlicher Unterstützungsleistungen“ reichten. Gefährlich wurde es vor allem dann, wenn sogenannte Fachärzt/-innen eine „Vererbung asozialen Verhaltens“ attestierten und damit auch eine „Ausmerzungs erbkranken Lebens“ anordnen konnten.

In einigen Fällen wurden lesbische Frauen gleichermaßen als „asozial“ eingestuft. Diese Einstufung traf auch Mary Pünjer. Aber hatte sie wirklich Kontakte mit lesbischen Frauen? Und war ihre Ehe nur eine Scheinehe, um sie als Jüdin und Lesbe doppelt zu schützen? Oder war eine Denunziation der Auslöser für ihre Verhaftung? Hatte sie wirklich „lesbische Lokale“ in Hamburg „fortgesetzt aufgesucht“ und dort „Zärtlichkeiten ausgetauscht“?

Damit begründete später der KZ-Arzt Friedrich Mennecke in Ravensbrück seine Selektion. Zusammen mit rund 1.600 anderen Frauen schickte er Mary Pünjer, vermutlich zwischen Februar und April 1942, in die sogenannte Heil- und Pflegeanstalt Bernburg – mit dem Ziel der Ermordung durch Vergasen.

Im Deutschen Bundestag dauerte es bis zum Februar 2020, dass die Opfergruppe der „Asozialen“ als Verfolgte des Nationalsozialismus anerkannt wurde. Ein Gedenken im Bundestag steht noch immer aus.

In der Gedenkstätte Ravensbrück mündete ein langer fachlicher Disput erst im letzten Jahr 2022 in einen Kompromiss, um mit einer Gedenkkugel an die lesbischen Frauen zu erinnern, die dort umkamen. Nach Jahrzehnten der Maskierung und Verschleierung können auch heute noch immer nicht alle Geschichten vollständig und eindeutig erzählt werden. Immerhin aber gibt es endlich und zunehmend Bemühungen von Historiker/-innen, nicht mehr zunächst und allein die Kriterien und Gesetze der Nazis als Maßstab für eine Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus zuzulassen.

Nach offiziellen Angaben verstarb Mary Pünjer am 28. Mai 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück mit 37 Jahren an „Herzversagen“. Das sind zweifellos Angaben, um die Mordaktion und den wirklichen Tötungsort in der sogenannten Heilanstalt zu verschleiern.

Zwei Tage danach wurde ihrem Mann mitgeteilt, dass er die Urne seiner Frau auf eigene Kosten anfordern könne. Fritz Pünjer tat es und ließ sie am 4. September 1942 auf dem Jüdischen Friedhof Jenfelder Straße in Hamburg beisetzen.

Was würdest Du uns heute sagen, Mary?

Angeklagt als „asozial“, selektiert und ermordet als „Lesbierin“: Was davon stimmte, was wurde Dir unterstellt? Was war Dir wichtig? Gab es Liebe und Glück in Deinem Leben? Immerhin erinnert ein Stolperstein in Hamburg-Wandsbek an Dich.

Wie gern hätten wir Dir zugehört ...

Quelle
Siehe <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw04-gedenkstunde-redebeitrag-puenjer-931390>

NACH HASS UND GEWALT

WIR SIND FÜR EUCH DA!



www.maneo.de/report
030 - 216 33 36

MANEO - Opferhilfe und Beratung: telefonisch täglich, 17 - 19 Uhr

**Stop Homophobia, Trans*phobie, Racism, Antisemitism,
all kind of Hate. Solidarisch gegen Hass und Gewalt!**





Gewaltprävention

GEFLÜCHTETENARBEIT VON MANEO BERATUNGSANGEBOTE FÜR GEFLÜCHTETE AUS DER UKRAINE

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine prägte das ganze Jahr über die Geflüchtetenarbeit von MANEO. Seit Februar 2022 mussten wir unsere Arbeit über mehrere Monate hinweg in einem Krisenmodus führen. Mit den vielen Menschen, die aus der Ukraine und Russland nach Berlin gekommen waren, erhöhte sich auch bei uns der Bedarf an Beratungen und Unterstützung. Unsere Mitarbeiter mussten oft Überstunden machen. Unsere Pläne, die wir noch Anfang des Jahres gemacht wurden, mussten geändert werden

Der Krieg hat dazu geführt, dass sehr viele LSBTIQ+ als Geflüchtete nach Berlin gekommen sind, die wenig über ihre Rechte und Möglichkeiten wissen. MANEOs Angebote in der Geflüchtetenarbeit beschränkten sich bisher auf Betroffene, die in Berlin Opfer von LSBTIQ+ -feindlichen Übergriffen geworden waren, insbesondere für die Zielgruppe schwuler und bisexueller Männer. Hierzu zählt auch unsere Teestube, ein Safe Space für Betroffene, die sich hier mit unseren Angeboten stabilisieren, stützen und stärken können.

Das Angebot wird sehr gut angenommen. Und weil sich die Qualität unserer Arbeit schnell herumgesprochen hat, kamen viele weitere Menschen zu uns mit Ängsten und Fragen, vor allem über die Rechtssituation von LSBTIQ+ in Deutschland. Viele von ihnen beschäftigte die Angst vor Diskriminierung auf Ämtern und die Sorge vor möglichen Übergriffen in Unterkünften, eben weil sie LSBTIQ+ sind. Deshalb führten wir viele gewaltpräventive Gespräche und Beratungen zur Vermeidung von Diskriminierung und Gewalt, also praktisch bezogen auf alltägliches Verhalten. Wir informierten und sensibilisierten sie, um sie auf Begegnungen und Situationen in Unterkünften, auf Ämtern, in der Öffentlichkeit und an Szenen-Orten vorzubereiten. Viele Geflüchtete aus der Ukraine waren aufgrund der erlebten Belastungen in ihrer Heimat und der Fluchtsituation mit ihrer Situation und Umgebung in Berlin und Deutschland überfordert. Um sie zu unterstützen und zu stärken, lag unser

Fokus insbesondere auch auf dem Ansatz Hilfe zur Selbsthilfe, d.h. wie organisiere und beschaffe ich mir die Informationen in Berlin, die ich brauche. Mit unseren Teestuben-Treffen konnten wir erfolgreiche Erfahrungen von Geflüchteten in die Unterstützungsarbeit für andere mit einbeziehen (Peer-to-Peer).

Zusätzlich haben wir unsere regelmäßigen Freitagsberatungen umgestaltet. Hier boten wir seit April 2022 jeden Freitag von 17 bis 19 Uhr persönliche Beratungsgespräche mit dem Ziel an, verhaltensorientierte Kompetenzen und Handlungsoptionen im Bereich Gewaltprävention und Empowerment zu verbessern. Die Gespräche wurden telefonisch und persönlich in unserem Büro durchgeführt. Unser Beratungsangebot wurde sehr gut angenommen. Im Jahr 2022 haben wir insgesamt 404 Gespräche durchgeführt. Die häufigsten Themen waren: „Wie verhalte ich mich als schwuler Geflüchteter in Unterkünften?“ und „Wie handhabe ich die Wohnungssuche in Berlin ohne Furcht vor Diskriminierung?“ Und das Interesse an solchen Beratungen reißt nicht ab. Im neuen Jahr wurden bis Ende März 2023 bereits 70 weitere solcher Beratungen durchgeführt.

Das Ziel dieser Gespräche war, die Geflüchtete nicht nur zu informieren, sondern auch den Geflüchteten zu zeigen, wie sie selbstständig solche Informationen schnell und leicht finden können. Wir haben gemerkt, dass einige Geflüchtete sich zu sehr an verschiedene Beratungsstellen gebunden fühlen. Wir versuchen stattdessen, die Geflüchteten zu ermutigen, selbstständig alltägliche Probleme anzugehen und zu lösen, d.h. proaktiv zu werden. Das hat unsere Adressaten in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Selbstwirksamkeit bestärkt. Viele von uns beratenen Geflüchteten haben mit ein wenig Anleitung gelernt, wo und wie man Informationen finden kann, und sie haben angefangen, auch anderen Geflüchteten dabei zu helfen. Man sagt auch: „Gib einem Mann einen Fisch und du ernährst ihn für einen Tag. Lehre einen Mann zu fischen und du ernährst ihn für sein Leben.“

Wir bieten persönliche Erstberatung auf Russisch und Ukrainisch. Wir sind erreichbar jeden Donnerstag von 17:00 bis 18:30 und jeden Freitag von 17 bis 21 Uhr.

Kontakt: MANEO, Bülowstrasse 106, 10783 Berlin
Email: Refugees-support@maneo.de

17.05.23, Schöneberg, Nollendorfplatz,
IDAHOBIT: Luftballonaktion auf dem Nollendorfplatz
anlässlich des Internationalen Tages
gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*phobie.

Empowerment

KISS KISS BERLIN 2023

SCHLUSSAKTIONEN ZUM INTERNATIONALEN TAG GEGEN HOMO-, BI-, INTER- UND TRANS*- PHOBIE (IDAHOBIT)

Tolerant, weltoffen und bunt soll Berlin sein. Dafür setzt sich MANEO seit über 30 Jahren ein – bereits zum 18. Mal im Rahmen der Kiss Kiss Berlin Kampagne. Diese startete am 21.03., dem Internationalen Tag gegen Rassismus mit der Aktion ‚Mit bunten Blumen für ein buntes Berlin‘. Schlusspunkte setzten in diesem Jahr vier Luftballonaktionen an vier verschiedenen Standorten.



„Queere Menschen werden dieser Tage wieder häufig zu Feindbildern stilisiert. Lasst euch von dem Gekläffe keine Angst machen, oder euch sogar einreden, ihr wäret weniger Wert als der Rest der Welt. Aber bleibt wehrhaft, geht auf die Straßen, demonstriert für eure Rechte. **Community lebt, wie auch Demokratie, vom mitmachen.**“

Barbie Breakout
Drag Queen, Aktivistin und Buchautorin

Beratung: Tel. 030 216 33 36 (tägl. 17–19 Uhr)
Fallmeldung: www.maneo.de/report

IDAHOBIT - MANEO lädt zum Mitmachen und Zeichen setzen ein!
Den krönenden Abschluss unserer Empowermentkampagne Kiss Kiss Berlin bildeten unsere bekannten Luftballonaktionen und ‚Kiss Kiss Berlin‘-Regenbogenkuchen-Anschnitte. In diesem Jahr organisierten wir vier Aktionen: am U-Bhf. Nollendorfplatz in Schöneberg, auf dem Boddinplatz und am U-Bahnhof Lipschitzallee in Neukölln und auf dem Vorplatz des S-Bahnhofs Wartenberg in Neu-Hohenschönhausen. Wir haben mit unseren Netzwerkpartner*innen wieder viele Luftballons in den Farben des Regenbogens unter dem Motto „Protect Every Kiss!“ in der Berliner Himmel steigen lassen.

Nollendorfplatz

Hier hatten sich am 17.05.23, um 12 Uhr, bis zu 80 Menschen unter dem Viadukt am U-Bahnhof Nollendorfplatz zusammengefunden, um mit 80 bunten Luftballons¹ ein sichtbares Zeichen der Solidarität mit Betroffenen von LSBTQ+ -Feindlichkeit weltweit in den Himmel zu schicken. Mit dabei waren der Staatssekretär für Integration, Antidiskriminierung und Vielfalt, Max Landero, Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, Jörn Oltmann (Bündnis 90/Die Grünen),

¹) Weil wir immer mal wieder danach gefragt werden: die von uns besorgten Luftballons sind aus Latex-Material und deshalb von der Natur leicht abbaubar.



15.05.23, Neukölln-Gropiusstadt, IDAHOBIT: An unserer Aktion „Stand-Up“ zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*phobie in Gropiusstadt beteiligten sich das Jugendsozialprojekt Schilleria 2 und das Selbsthilfe- und Stadtteilzentrum Neukölln Süd.

der stellvertretende Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt (CDU), Bezirksstadträtin Saskia Ellenbeck (Bündnis 90/Die Grünen), sowie die ehemalige Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, Angelika Schöttler (SPD). Mit dabei waren außerdem Seyran Ateş, Begründerin der Ibn Rushd-Goethe-Moschee und Beiratsmitglied von MANEO. Besonders gefreut haben wir uns über die Teilnahme des Botschafters von Malta, Dr. Giovanni Xuereb und der Botschafterin der USA, Amy Gutmann, die just zur gleichen Zeit in der Nähe war und spontan an der Luftballon-Aktion und dem anschließenden Anschnitt unseres „Kiss Kiss Berlin“-Regenbogenkuchens beiwohnte. Was uns sehr gefreut hat war außerdem, dass sich viele internationale Schüler*innen der in der Nähe gelegenen Hartnackschule unserer Aktion anschlossen und mitmachten. Unser großes Dankeschön geht an den Kuchenstifter, „Der Kuchenladen“ in der Kantstraße, der uns den großartigen Kuchen gezaubert hatte.

Boddinplatz

Eine weitere Abschlussaktion fand auf dem Boddinplatz in Neukölln statt, wo wir neue Wege gegangen sind. Hier haben wir zusammen mit unseren Partner*innen der ersten Stunde MaDonna Mädchentreff, Morus 14 e.V. und den Stadtteilmüttern unter neuer Mitwirkung des ‚Netzwerks gegen Queerfeindlichkeit‘, das vom Jugendamt Neukölln koordiniert wird, mit Infoständen erweiterte Möglichkeiten zum Austausch geschaffen. Es gab zwei Stände. An dem einem Infostand konnten Projekte und Einrichtungen, die mitwirken wollten, ihre Angebote präsentieren. Auf dem anderen Stand waren Kuchen

„Gewalt gegen queere Menschen ist leider auch in der Regenbogenhauptstadt Berlin noch alltäglich. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir hier so ein gut ausgebautes Hilfesystem für die LSBTIQ+ Community haben. Damit ist aber noch längst nicht alles getan. Die Bezeichnung Regenbogenhauptstadt ist für mich Ansporn, nicht nachzulassen und die Aktivitäten des Senats gegen queerfeindliche Gewalt weiter auszubauen. Für die Bekämpfung von Hassgewalt braucht es die solidarische Stadtgesellschaft und einen Staat, der entschieden vorgeht.“

Cansel Kiziltepe,
Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Beratung: Tel. 030 216 33 36 (tägl. 17–19 Uhr)
Fallmeldung: www.maneo.de/report

17.05.23, Neukölln, Boddinplatz, IDAHOBIT: An der Luftballon-Aktion zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*phobie beteiligten sich etwa 100 Menschen.



und Getränke zur Stärkung der Teilnehmenden zu finden. Der Austausch und das Verweilen waren ebenfalls auf den aufgestellten Bierbänken und -tischen ermöglicht worden.

Teilgenommen hatten über 100 Menschen, darunter auch Akteur*innen aus Politik und Gesellschaft. Unter ihnen der Bundestagsabgeordnete Hakan Demir (SPD), die Bezirksstadträtin Sarah Nagel (Die Linke), Leiterin des Geschäftsbereichs Jugend, und der Bezirksstadtrat Jochen Biedermann (Bündnis 90/Die Grünen).

Abgeschlossen wurde die Aktion mit einem weiteren „Kiss Kiss Berlin“-Regenbogenkuchen-Anschnitt. Der Kuchen dafür war uns dafür vom Sana-Hotel in Wilmersdorf gestiftet worden.

Neukölln Süd

Weil sich so viele Aktionen an einem Tag nicht unterbringen ließen, hatten wir bereits am 15.05.23 eine Luftballonaktion anlässlich des IDAHOBIT auf dem Vorplatz des U-Bahnhofes Lipschitzallee in der Gropiusstadt durchgeführt. Auch wenn nur knapp 10 Personen gekommen waren, so haben wir trotzdem ein sichtbares Zeichen gegen Homophobie und Menschenhass in den Südneuköllner Himmel gesendet.

„Es ist nicht zu akzeptieren, wenn homo- und bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen in unserer Stadt gedemütigt oder angegriffen werden. Wir sind in der Politik immer gefordert, demokratische Werte vorzuleben, sie zu verteidigen und schlussendlich auch durchzusetzen.“

Cornelia Seibeld,
Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

Beratung: Tel. 030 216 33 36 (tägl. 17–19 Uhr)
Fallmeldung: www.maneo.de/report



17.05.23, Neukölln, Boddinplatz, IDAHOBIT: Anschnitt des „Kiss Kiss Berlin-Regenbogenkuchens“ anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*phobie auf dem Boddinplatz, mit (v.l.n.r.) Bezirksstadträtin Sarah Nagel (Die Linke), Hakan Demir (MdB, SPD), Bezirksstadtrat Jochen Biedermann (Bündnis 90/Die Grünen) und Bastian Finke (MANEO).

16.05.23, Lichtenberg-Neu-Hohenschönhausen, IDAHOBIT: Impressionen von unserer Aktion „Stand-Up“ anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*phobie in Wartenberg.



In Neukölln Süd hatten wir bis Anfang Mai eine MANEO-Kontaktstelle betrieben, die wir allerdings aufgrund von fehlenden Finanzen wieder einstellen mussten.

Neu-Hohenschönhausen

In Neu-Hohenschönhausen (Wartenberg) hatten wir Ende 2021 mit einem weiteren Pilotprojekt eine MANEO-Kontaktstelle beim Verein für Aktive Vielfalt e.V. eröffnet, die wir jedoch aufgrund der Haushaltssperre Anfang 2022 wieder in eine vorübergehende Pause schicken mussten. Trotz der kurzen Zeit waren wir sehr bemüht, uns mit Organisationen und Einrichtungen in der Region zu vernetzen. Mittlerweile zum zweiten Mal konnten wir auf dem Vorplatz des S-Bahnhofs Wartenberg eine Luftballon-Aktion durchführen. Mit 20 Teilnehmenden und unseren Partner*innen vom VaV e.V. konnten wir mit einer Luftballon-Aktion ein sichtbares Zeichen setzen. Mit dabei war die Diversity- und Queer-Beauftragte des Bezirksamt Lichtenberg, Sabine Pöhl. Im Anschluss gab es Regenbogenmuffins und Kaffee. Auch im nächsten Jahr wollen wir hier eine Luftballonaktion durchführen.

Fazit

Nach der langen Corona-Pause bringen wir unsere „Kiss Kiss Berlin“-Wahrnehmungskampagne wieder in Schwung. Wir sind froh, dass wir in diesem Jahr wieder viele Aktionen mit unseren Partner*innen durchführen konnten, um unsere 16-jährige Tradition fortsetzen zu können. Wir freuen uns, in diesem Jahr viele neue Vernetzungspartner*innen dazu gewonnen haben.

17.05.23, Neukölln, Nollendorfplatz, IDAHOBIT: Anschnitt des „Kiss Kiss Berlin - Regenbogenkuchen“ am Nollendorfplatz, gemeinsam mit (v.l.n.r.): Bastian Finke (Leiter von MANEO), Jörn Oltmann, Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, Amy Gutmann, Botschafterin der USA in Deutschland, Dr. Giovanni Xuereb, Botschafter von Malta in Deutschland, und Seyran Ateş, Mitglied des Beirats von MANEO. Der „Kiss Kiss Berlin - Regenbogenkuchen“ war von der Konditorei ‚Der Kuchenladen‘ in der Kantstraße gestiftete worden.



„Die erste auf dem Reichstagsgebäude gehisste Regenbogenflagge bekommt jetzt ihren dauerhaften Platz im Deutschen Historischen Museum – zur Erinnerung und zur Mahnung für die Zukunft. In diesem Jahr beflaggen wir das Reichstagsgebäude sogar zwei Mal mit einer Regenbogenflagge: Zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie und zum CSD. Das ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit der LGBTQ-Community. Klar bleibt aber auch: Anfeindungen oder sogar Gewalt gegen Menschen der LGBTQ-Community müssen wir ernst nehmen und den Opfern beistehen. Frei ist unser Land erst dann, wenn alle Menschen immer sicher und selbstbestimmt leben können. Auch deshalb habe ich die Charta der Vielfalt für den Deutschen Bundestag unterzeichnet.“

Bärbel Bas,
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Beratung: Tel. 030 216 33 36 (tägl. 17–19 Uhr)
Fallmeldung: www.maneo.de/report





09.05.2023. Im Bild: Seyran Ateş, Ibn Ruschd-Goethe Moschee, Lala Süsskind, Jehi'Or - Jüdisches Bildungswerk für Demokratie - gegen Antisemitismus, Pfr. Berthold Höcker, Superintendenten des Kirchenkreises Berlin Stadtmitte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, und Bastian Finke, MANEO, sowie engagierte Mitarbeitende des evang. Kirchenkreises Berlin Mitte, der MANEO- Teestube Moabit und AID - Anlaufstelle Islam und Diversity, außerdem Vorstandsmitglieder des CSD Berlin. Unser Dank gilt dem Sponsor, Adina Hotel Berlin Hackescher Markt, der MANEO den großartigen Kiss Kiss Berlin-Regenbogenkuchen für den Anschnitt in der Ibn Ruschd-Goethe Moschee gestiftet hatte.



Berlin, 16.05.2023, Berliner Rathaus: Anschnitt des Kiss Kiss Berlin Regenbogenkuchen im Säulensaal des Berliner Rathauses. Vorne im Bild (v.l.n.r.): Stefan Evers, Bürgermeister und Senator für Finanzen des Landes Berlin, Seyran Ateş, MANEO-Beiratsmitglied, Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin, Bastian Finke, Leiter von MANEO, Max Landero, Staatssekretär für Integration, Antidiskriminierung und Vielfalt, Dr. Giovanni Xuereb, Botschafter der Republik Malta. Nicht mehr im Bild: Helmut Metzner, Geschäftsführender Vorstand der Bundesstiftung Magnus-Hirschfeld, und Pierre-Sanoussi Bliss, Schauspieler.

Empowerment

KISS KISS BERLIN 2023

REGENBOGENKUCHEN MIT DEM REGIERENDEN BÜRGERMEISTER KAI WEGNER

Am 16. Mai konnten wir anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter, Trans* und Queerphobie (IDAHOBIT) mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, einen Kiss Kiss Berlin-Regenbogenkuchen anschnitten. Über 100 Gäste fanden sich dazu im Roten Rathaus ein, darunter viele Vertreter*innen der LSBTIQ+ Communities und der Berliner Politik.

Bevor der Kiss Kiss Berlin Regenbogenkuchen angeschnitten wurde, lud der Regierende Bürgermeister Vertreter von MANEO zu einem kurzen Gespräch in sein Amtszimmer ein. Mit dabei waren auch Tom Schreiber (SPD) und Stefan Evers (CDU), ebenso der Staatssekretär für Integration, Antidiskriminierung und Vielfalt, Max Landero (SPD). MANEO-Beirätin Seyran Ateş und MANEO-Leiter Bastian Finke unterstrichen mit der Übergabe des MANEO-Reports die erdrückenden Zahlen von Übergriffen gegen LSBTIQ+ in Berlin, auch gegen Szene-Einrichtungen in der Stadt. Beschrieben wurden auch noch einmal die fünf Kernforderungen, die MANEO mit der Veröffentlichung seines Reports skizziert hat. Herr Wegner sagte zu, dass seine Regierung die bisherigen Maßnahmen und Bemühungen zur Überwindung der Gewalt gegen LSBTIQ+ fortsetzen wird, ebenso die Unterstützung der Arbeit von MANEO.

Unser Dank gilt dem Sponsor, Hotel Parkinn Berlin, der MANEO den großartigen Kiss Kiss Berlin-Regenbogenkuchen gestiftet hatte.

Unser Dank gilt dem Sponsor, Adina Hotel Berlin Hackescher Markt, der MANEO den großartigen Kiss Kiss Berlin-Regenbogenkuchen für den Anschnitt in der Ibn Rushd-Goethe Moschee gestiftet hatte.





20.05.23, vor dem Cassiopeia: Im Bild Nina Queer und Candy Spilski (MANEO)

Empowerment

KISS KISS BERLIN - PARTY-BENEFIZ 2023

Anlässlich der diesjährigen Wahrnehmungskampagne „Kiss Kiss Berlin“ hat MANEO auch wieder ein Party-Benefiz organisiert und Spenden gesammelt. Mit dabei war Nina Queer mit Irrenhouse im Cassiopeia am 15. April und Lance am 06. Mai mit seiner Geburtstagsparty zum 18. im Rauschgold.

Nina unterstützt die Arbeit von MANEO schon seit vielen Jahren tatkräftig und tat dies auch in diesem Jahr wieder mit einer Spende.

Die Party im Cassiopeia war ein großer Spaß, weil wir mit vielen schönen und freundlichen Menschen ins Gespräch kamen und an einem der ersten warmen Tage in diesem Jahr unseren Stand erstmals ‚outdoor‘ aufstellen konnten. Danke Nina Queer!

Ein großes Dankeschön auch an Lance von Rauschgold. Hier zeigten wir bereits am 6. Mai anlässlich der Volljährigkeit des Rauschgoldes Präsenz und konnten mit seiner Hilfe Spenden für unsere Arbeit sammeln.



21.03.23, Schöneberg, Nollendorfplatz:
Anlässlich des Internationalen Tages gegen
Rassismus verteilen wir am Nollendorfplatz fast
500 Tüten mit Blumensamen unter dem Motto:
„Mit bunten Blumen für ein buntes Berlin. An
der Aktion beteiligten zahlreiche Schüler*innen
verschiedener Berliner Schulen.

Empowerment

KISS KISS BERLIN 2023

MIT BUNTEN BLUMEN FÜR EIN BUNTES BERLIN

Jährlich starten wir am 21.03., dem Internationalen Tag gegen Rassismus, unsere MANEO- Wahrnehmungskampagne „Kiss Kiss Berlin“. Sie endet nach etwa sieben Wochen am 17.05, dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*-phobie (IDAHOBIT). Mit zahlreichen Aktivitäten weisen wir auf anhaltende vorurteilsmotivierte Gewalt – LSBTQ+ -Feindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, insgesamt gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie erforderliches Engagement für gesellschaftliche Toleranz und Vielfalt und Respekt gegenüber allen Menschen hin.

Nollendorfplatz

Über den 21.03. kooperieren wir seit vielen Jahren mit „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR-SmC), unserer Kooperationspartnerin im Bereich Schulen. In diesem Jahr konnten wir wieder zusammen mit Schüler*innen aus Berlin eine Aktion in Präsenz am Nollendorfplatz durchführen. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ hatte einen Aufruf an alle Partner*innenschulen verschickt, woraufhin über 30 Schüler*innen und Lehrer*innen aus verschiedenen Schulen wie z.B. der Poelchau-Schule, dem Gymnasium am Europasportpark und der John-F.-Kennedy-Schule kamen. Die Teilnehmer*innen haben über 500 Flyer an Passant*innen am Nollendorfplatz verteilt. Die Aktion war ein voller Erfolg.

Rathaus Neukölln

Eine weitere Aktion fand auf dem Vorplatz vor dem Rathaus Neukölln statt. Seit vielen Jahren sind wir vor allem mit einigen Jugendsozialprojekten in (Nord-) Neukölln gut vernetzt. Deswegen haben wir am 21.03.2023 auch hier unsere Aktion „Mit Bunten Blumen für ein Buntes Berlin“ durchgeführt, nunmehr zum zweiten Mal in Folge. Mit dabei waren unsere Partner*innenorganisation MadonnaMädchenKultUR e.V sowie deren Jugendliche, die ihre Jugendfreizeiteinrichtung regelmäßig nutzen. Gut 16 Jugendliche haben zusammen mit Mitarbeiterinnen von Madonna etwa 650 Flyer mit Blumensamen an die Passant*innen verteilt. Die Mitarbeitenden der Projekte kamen mit dem Nachfüllen gar nicht mehr hinter her.

Bat-Yam-Platz (Gropiusstadt, U Lipschitzallee)

Bereits am 20.03. führten wir am U-Bahnhof Lipschitzallee, d.h. im Süden von Berlin im Stadtrandbereich, mit unseren Partner*innenorganisationen Schilleria2 (Jugendfreizeiteinrichtung für Mädchen*), Jugendzentrum Wutzkyallee und Gangway Neukölln (aufsuchende Jugendsozialarbeit) unsere Bunte-Blumen-Aktion durch. Wir stießen unter den Mitarbeitenden auf rege Beteiligung. Zusammen mit 13 Personen verteilten wir am Montagabend 105

Aufgrund von Corona konnten wir in den letzten drei Jahren Aktionen zum Internationalen Tag gegen Rassismus nur eingeschränkt durchführen. In diesem Jahr nun haben wir unsere Aktivitäten mit Unterstützung zahlreicher Partner*innen wieder ausgeweitet und an vier Orten sichtbare Zeichen gesetzt: in Neu-Hohenschönhausen, rund um das Rathaus Neukölln, in Gropiusstadt sowie an dem Ort, an dem alles begann: dem U-Bahnhof Nollendorfplatz.



20.03.23, Lichtenberg, Neu-Hohenschönhausen: Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus verteilten wir auf dem Prerower Platz 100 Tüten mit Blumensamen unter dem Motto: „Mit bunten Blumen für ein buntes Berlin“. Besonders gefreut haben wir uns über die Unterstützung der Fritz-Reuter-Schule, eine unserer Kooperationspartner*innen, auch in unserer Vernetzungsarbeit in der Region, wo MANEO eine Außenkontaktstelle betreibt.

weitere Tütchen mit Blumensamen. Ein respektabler Beginn für unsere erste ‚Bunte Blumen‘-Aktion in Gropiusstadt, der deutlich machte, dass unsere gewaltpräventive Vernetzungsarbeit im Sozialraum Gropiusstadt bereits erste Blüten treibt.

Prerower-Platz (Neu-Hohenschönhausen)

Besonders gefreut hat uns, dass sich auf unseren Aufruf in Neu-Hohenschönhausen die Fritz-Reuter-Schule bei uns gemeldet hatte. Zusammen mit 18 Schüler*innen der Queer-AG der Sekundarschule mit gymnasialer Oberstufe, dem Direktor und einem weiteren Lehrer haben wir am 20.03., sozusagen am Vorabend des Internationalen Tags gegen Rassismus, in zwei Stunden viele weitere Flyer mit bunten Blumen an Passant*innen verteilt. Hier hat sich herausgestellt, dass insbesondere bei den Themen Rassismus und Homo- und Trans*phobie noch einiges an Arbeit geleistet werden muss. Nicht alle Menschen haben mit Wohlwollen auf unseren Stand reagiert. Eine Person machte sogar eine homophobe Bemerkung, als er in einen Imbiss ging. Das haben auch die Schüler*innen mitbekommen. Sie waren sehr betroffen und empört und fragten sich, wann das jemals aufhören wird.

Fazit

Insgesamt sind wir mit unseren Aktionen zum Internationalen Tag gegen Rassismus sehr zufrieden, denn wir haben es geschafft, mit unseren Partner*innen in den Regionen ein tol-

les Engagement zu entwickeln, mit dem vor allem Kinder und Jugendliche Gelegenheit bekommen haben, ein sichtbares Zeichen gegen Rassismus und Menschenhass und für gesellschaftliche Toleranz und Vielfalt zu setzen. Diese Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen und den Schulen war ein großer Gewinn für unsere Arbeit.

Wie in den Jahren zuvor wurde die Bereitstellung von Blumensamen wieder großzügig von Saatzucht Bardowick unterstützt, die uns die Hälfte der Menge gespendet hatten. Deshalb konnten wir unsere Aktionen in diesem Jahr auch so gut ausdehnen.

Einziges Wermutstropfen war, dass wir auch in diesem Jahr wieder kein Banner am U-Bahnhof Nollendorfplatz anbringen durften, um auf den Internationalen Tag gegen Rassismus hinzuweisen. Das hatte uns die BVG bereits letztes Jahr untersagt. Grund ist eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes von September 2021. Das bedauern wir sehr. Vor allem vor dem Hintergrund, dass im Pride-Monat dort trotzdem eine riesige Regenbogenfahne prangt. Bisher konnte uns niemand den Unterschied verdeutlichen, der dazu führt, dass einige ihre Banner anbringen können und andere nicht.

21.03.23, Schöneberg, Nollendorfplatz: Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus verteilten wir am Nollendorfplatz fast 500 Tüten mit Blumensamen unter dem Motto: „Mit bunten Blumen für ein buntes Berlin“. An der Aktion beteiligten auch Schüler*innen mit einer Lehrerin vom Gymnasium am Europasportpark.



21.03.23, Neukölln: Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus verteilten wir vor dem Rathaus Neukölln über 650 Tüten mit Blumensamen unter dem Motto: „Mit bunten Blumen für ein buntes Berlin“. Im Bild: Jugendliche von MadonnaMädchen-KultUR e.V.





Empowerment

VOLKSPARK FRIEDRICHSHAIN SCHÖNER CRUISEN MIT MANEO

Wie viele andere innenstädtische Parks leidet auch der Volkspark Friedrichshain unter der zunehmenden Nutzung und dem hinterlassenen Müll. MANEO hat mit ehrenamtlichen Mitarbeitern aufgeräumt, um ein Zeichen zu setzen.

Für einen kleinen Teil des anzutreffenden Unrats sind auch Cruiser mitverantwortlich, die mitgebrachte Bierflaschen, Zigaretten, Taschentücher und Gleitgeltuben unachtsam und zum Schaden unserer Natur in die Büsche werfen. Eigentlich könnten sie auch alles wieder nach Hause mitnehmen und dort entsorgen.

Deswegen war es für MANEO an der Zeit, eine ‚Schöner Cruisen‘ Aktion auch im Friedrichshain durchzuführen. Mit einigen Ehrenamtlichen, die teilweise spontan teilnahmen, haben wir am Samstag, 25.03.2023, zwei Stunden lang das Cruisinggebiet hinter dem ‚Spanienkämpfer‘-Denkmal abgesammelt. Wir fanden vor allem viele Zigarettenstummel, die das Erdreich im Friedrichshain besonders nachhaltig vergiften.

Das Foto zeigt die Teilnehmer mit unserer ‚Ausbeute‘, welche am nächsten Tag von der BSR entsorgt wurde. Für unsere Aktion hatten wir entsprechendes Handwerkzeug von der BSR im Rahmen der Aktion ‚Kehrenbürger‘ erhalten.

Falls sich andere engagieren wollen, können auch sie sich bei der BSR melden und ebenso kostenlos Müllsäcke, Handschuhe und Müllgreifer erhalten: <https://www.kehrenbuenger.de>

25.03.23, Friedrichshain: Mitarbeiter von MANEO und zahlreiche Helfer haben viel Müll aus den Büschen rund um das Spanienkämpfer-Denkmal im Volkspark Friedrichshain eingesammelt, darunter zahlreiche Flaschen und ein kaputtes Handy.



20.06.2023: Schüler*innen der Sekundarschule Wilmersdorf übergeben an MANEO eine Spende von € 120,-, die sie durch Kuchenverkauf an ihrer Schule gesammelt hatten.

Ressourcen

SPENDE

SPENDEN MIT KUCHENBACKEN GESAMMELT

Schüler*innen der Sekundarschule Wilmersdorf übergaben eine Spende von € 120,- an MANEO. Sie hatten zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Trans*phobie (17. Mai) an ihrer Schule Regenbogenkuchen gebacken und darüber in der Pause Spenden gesammelt.

Am 20. Juni besuchte die Schulsozialarbeiterin Ellen von Wangenheim mit Schüler*innen der Sekundarschule Wilmersdorf unser Projekt MANEO am Nollendorfplatz, um gemeinsam eine Spende über € 120,- zu überreichen. Das Geld hatten sie am 17. Mai gesammelt. Dazu hatten Schüler*innen viele bunte Regenbogenkuchen gebacken, die sie gegen eine Spende in der Schulpause anboten.

MANEO-Leiter Bastian Finke bedankte sich bei den Schüler*innen für die tolle Aktion für einen guten Zweck. In einem Gespräch berichtete er den Schüler*innen von der Projektarbeit, und dass die Spende für den Opferfonds von MANEO und die Geflüchtetenarbeit verwendet werden wird.

Am nächsten Tag berichtete die begleitende Schulsozialarbeiterin, dass das Gespräch für die Schüler*innen sehr wichtig war. „Unsere Schüler*innen waren begeistert. Die Erzählungen aus der Arbeit von MANEO haben ihnen auch noch einmal gezeigt, warum die Spende so wichtig ist.“

Seit vielen Jahren engagiert sich die Schule für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und organisiert zu diesem Thema alljährlich einen eigenen Projekttag. Dabei unterstützt MANEO regelmäßig die Schule.



Martin Reichert

*21.02.1973
† 26.05.2023

Martin Reichert hat die Arbeit von MANEO seit vielen Jahren aktiv unterstützt. Er war Mitglied im Beirat von MANEO und Mitglied der Tolerantia Award-Jury. Wir trauern um einen Wegbegleiter, Kommentator und Kritiker, einen Freund, einen liebenswerten Menschen.

Christa Arnet, Seyran Ateş, Pieke Biermann, Bastian Finke, Dr. Günter Grau, Thorsten Manske, Dr. Christian Messer, Dr. Berndt Schmidt, André Schmitz, Wieland Speck, Lala Süsskind, Norbert Thormann und MANEO-Team.



MANEO braucht Spenden

**ENGAGEMENT
BRAUCHT
UNTERSTÜTZUNG**



Mann-O-Meter e.V. | Bank für Sozialwirtschaft

BIC: BFSWDE33BER | IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00.

Über jede Spende wird eine Spendenquittung ausgestellt. Bitte teilen Sie uns dazu Ihre Adresse mit. Die Spende kommt ausschließlich den o.g. Zwecken des gemeinnützigen Vereins zu Gute.

IMPRESSUM

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN

Ein eigenständiges Projekt von Mann-O-Meter e.V. // Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Hotline: 030-2163336 // Email: maneo@maneo.de // Online: www.maneo.de

SPENDENKONTO:

Mann-O-Meter e.V. // IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 // BIC: BFSWDE33BER
(Bank für Sozialwirtschaft) // Zweck: Opferhilfe. // Spenden sind steuerabzugsfähig.
Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

ERMÖGLICHT DURCH MITTEL DER LOTTO-STIFTUNG BERLIN.

